

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Rösen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüssen, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 293

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.
Freitag den 17. Dezember

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Belegungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Bülthauer Straße Nr. 5b, alle kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Grundzeile mit 10, für auswärtsige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. zur amtlichen Stelle kostet die zweifelhafte Zeile 30 Pfg. Fernspreych Anschluss Nr. 7. Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Sparkasse Lichtenstein

Vom 1. Januar 1910 ab tägliche Verzinsung der Einlagen.

Einlegerguthaben 9 Millionen Mk.

Zinsfuß 3 1/2 %
Reservefonds 524000 Mk.

Freibank.

Freibankmarken sind

heute Freitag früh 8 Uhr

Fleischverkauf

Gelochtes Rindfleisch, Pfd. 40 Pfg.

von 7/8 Uhr ab in der Polizeiwache zu haben.

Das Wichtigste.

* In der mecklenburgischen Verfassungsfrage wippt sich der Konflikt zwischen Regierung und Ritterschaft gewaltig zu.

* Der deutsch-schwedische Handelsvertrag ist bis zum 1. Dezember 1911 verlängert worden.

* Amtlich wird das Befinden des Königs der Belgier für durchaus unbefriedigend erklärt.

* Da die marokkanischen Abgeordneten in Paris noch keine endgültige Antwort von Muley Hafid erlangen konnten, will Frankreich die Verhandlungen abbrechen.

Der sächsische Landtag.

Die Sächsische Zweite Kammer verhandelte gestern über die Interpellation betreffend die Fleischsteuerung. Abg. Koch (Dresden) betonte in seiner Begründung besonders die starke Steigerung der Schweinefleischpreise, die Abnahme des Fleischverbrauchs, woraus er eine Mangelernährung folgerte, den Rückgang der Zahl der Schlachtungen, der mit einem fortgeschrittenen Mangelzustand des Viehbestandes zusammenhänge, und empfahl als bestes Mittel zur Abhilfe die Öffnung der Grenzen, die besonders Amerika gegenüber als Kompensation bei den Verhandlungen über Erneuerung der Industriezölle anzubieten sei.

Staatsminister Graf Bischoff v. Gschäft bringt eine Statistik zum Vortrag, wonach der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren wesentlich gesunken ist, betont die Verteuerung der Speise durch den Zwischenhandel sowie das hohe Festhalten der Fleischer an den einmal erzielten hohen Preisen und empfiehlt die Bildung von landwirtschaftlichen Viehhilfsvereinigungen. Die Aufhebung bestehender Vieh-Einfuhrverbote sei teils zwecklos, teils wegen wirtschaftlicher und veterinärpolizeilicher Bedenken zu verwerfen. Dagegen sei die Stärkung der einheimischen Fleischzeugung zur Deckung des Bedarfs (noch 5%) mit aller Kraft zu erstreben und seitens des Staates zu fördern. Die Landwirte müßten auf Vermehrung der Futterzeugung Wert legen. Die Regierung erblicke in einer verständnisvollen und festen Förderung der einheimischen Aufzucht das natürlichste und sicherste Mittel, die Fleischpreise in einer angemessenen Höhe zu erhalten.

Die Besprechung der Interpellation eröffnete Abg. Schmidt-Freiberg (Bund der Landw.). Er bezeichnet zunächst eine große Reihe freisinniger Anträge, die diesem Landtage vorliegen, als gegen die Landwirtschaft gerichtet. Vizepräsident Bär habe in der Erstaussprache von den Liebesgaben und allerlei Geschenken an die Agrarier gesprochen, wie überhaupt der Ausdruck Agrarier ein Schlagwort der Herren sei. (Zwischenruf bei den Freisinnigen.)

Der Präsident ersucht den Redner zur Sache zu sprechen. Vizepräsident Ovis protestiert dagegen. Der Präsident ruft die Kammer zum Zeugen an, daß der Abg. Schmidt bisher noch nicht zur Sache gesprochen habe. Von rechts wird gerufen: Aber auch in anderen Fällen so handelt! Präsident (fortfahrend): Es liegt mir fern, in anderen Fällen nicht ebenso vorzugehen. (Zuruf von rechts: Wollen wir es hoffen!)

Abg. Schmidt fährt fort und stellt fest, daß die Landwirtschaft bisher genügend Vieh produziert hat und für die Preise nicht verantwortlich ist, denn diese würden auf den Schlachthöfen von den Großhändlern und Großschlächtern festgelegt. Bei Auf-

hebung der Grenzsperrung würden wir ganz in die Hände der Importeure gegeben sein. Ein eigentlicher Mangel an Schlachtvieh hat gar nicht bestanden. Die Viehproduktion habe nachweisbar stärker zugenommen, als die Bevölkerung.

Abg. Singer-Rothkirchen (nagl.) bringt die Fleischsteuerung mit der allgemeinen Verteuerung und dem sinkenden Geldwert in Verbindung. Schuld daran trage auch der verwöhnte Magen der Menschen. Fetttes Fleisch wolle niemand mehr haben. Die Einfuhr von Vieh sei wegen der Seuchengefahr zu verwerfen. Auch in Thüringen herrsche eine ähnliche Verteuerung und die Grenzöffnung würde uns in diesem Falle nichts nützen.

Als sozialdemokratischer Redner sprach Abg. Singermann und betonte, es sei längst erwiesen, daß die deutsche Landwirtschaft den Bedarf nicht aus eigener Kraft decken könne. Die Öffnung der Grenzen sei eine Pflicht der Reichsregierung. Der Genosse Kiehm machte des Ministers Darlegungen, daß die Fleischsteuerung die Volksgesundheit nicht schädige, an der Hand sächsischer Lohnstatistiken zu widerlegen. Nach einem kleinen Zusammentreffen zwischen Staatsminister Bischoff v. Gschäft und dem Abg. Günther sowie längerem Ausführen des konservativen Abg. Schade, schickten die Landboten von der hiesigen Rederei über die Fleischsteuerung, die man damit leider nicht aus der Welt schaffen kann, genug zu haben, denn ein Schlußantrag fand mit großer Mehrheit Annahme, obwohl noch etwa 16 Namen auf der Rednerliste standen.

Am Donnerstag wird sich die Kammer mit einer Anzahl Kapitel des Etats und des Rechnungsfachberichts beschäftigen.

Reichstagschluß.

Bevor der Reichstag in die Ferien ging, gab es noch einen heftigen Streit um den Arbeitsnachweis der Jochenbeizer. Freunde und Gegner der Reichsbahn im Ruhrrevier kamen hart aneinander. Besonders richtete sich Raumanns sozialpolitische Rede in scharfer Weise gegen den Staatssekretär des Innern. Wenn man sah, wie Raumann am Rednerpult stand, kräftiger und kräftiger von Minute zu Minute im Tonfall wurde, wie er mit ausdauernder Weite seine Worte bekehrte, da verstand man, daß dieser Mann durch den Schwung und die Kraft seiner Worte und seiner Sachverhalte mit Fortschreiten kann. Raumann stellte Bergarbeiter und Leibeigene auf eine Stufe, um nicht selten in das Fahrwasser sozialdemokratischer Anschauungen, auch in der Fiktion zu geraten. Die Rechte protestierte gegen solche Kampfbilder, während die Linke lärmenden Beifall iverdet. Da kam von einer der Tribünen eine Frauenstimme in den Trübel, die rief: „Mein Mann ist in den Verhaftungen verurteilt, meine lieben Kinder bekommen nichts!“ Staatsminister eilen herbei und bitteten die Frau, das Haus zu verlassen, nachdem sie angegraben hatte, Baumgartner zu heißen und ihren Mann, der Obersteiger gewesen sei, durch ein Anklid verloren zu haben.

Nach Raumanns Rede, die sicher auf gemeint, aber in den Angriffen gegen den Staatssekretär unkontrolliert zu weit gegangen war, plakten die Meinungen noch ein wenig aufeinander, eines aber berührte — und das erkannte Minister Desbriard vor dem Reichstagsforum mit Deutlichkeit an — besonders angenehm, daß der Sozialdemokrat Sachse in gemäßigten Worten die Regierung um Hilfe bat. Und Tesbrück sagte sie zu. Ja noch mehr, er öffnete seine Tür jedem, der wunschschwert zu ihm kommen

wolle. Raumann wurde dem Urteil des Hauses überlassen, soweit er persönlich geworden war und im übrigen dahin bedeutet, daß das Arbeitskammergeleis kommen und die Regierung ihre Augen offen halten werde, wenn etwa den Bergarbeitern von Seiten des Unternehmertums Ungerechtigkeiten drohen.

Zum Schluß aber wurde es wieder friedlich. Raumann schwächte in sonaler Weise seine Angriffe gegen den Minister ab. Die Wogen des Unwillens glätteten sich, und um 7 Uhr schaltete es denen, die die acht Stunden ehrlich ausgehalten hatten, aus Graf Stolbergs Munde friedfertig entgegen: „Recht frohliche Weihnachten!“

Deutsches Reich.

Berlin. Prinz Heinrich von Preußen bezieht in einem Telegramm an Dr. Lamm die britische Behauptung kändiger englandfeindlicher Laute in der deutschen Marine als gemeine Lüge.

Der Bierausschuß der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft hat den Entwurf eines Einigungsprogramms und eines Organisationsstatuts fertiggestellt. Als Namen der geeinigten Parteien schlägt der Bierausschuß „Deutsch-freisinnige Volkspartei“ vor.

In Braunschweig fand gestern in Gegenwart des Kaiserpaars die Vermählung des Herzog-Regenten Johann Albrecht mit der Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Rosla statt.

Vatikan und Reichslande. Die „Berliner Post“ will erfahren haben, daß eine wichtige Frage des Staatssekretariats des Vatikans augenblicklich beschäftigt. Zur Zeit, als die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan noch gute waren, habe dieser die Augen über alle deutschfeindlichen Kundgebungen geschlossen, die seitens der Geistlichkeit in Elsaß-Lothringen inszeniert worden sind. Jetzt, nachdem der Bruch erfolgt, werden die katholischen Elsaß-Lothringern aufgefordert, sich jeder Kundgebung zu enthalten, die zu Gunsten Frankreichs angenehm berühren könnten. — Köstig wäre diese Mahnung allerdings an den elsässisch-lothringischen Merus — aber sie wird nur ein Wusch bleiben!

Aus Nah und Fern

Lichtenstein, den 16. Dezember 1909.

Stille Zeit. Nur bis mit kommenden Sonntagabend, den 18. d. M., dürfen noch Tanzbelustigungen an öffentlichen Orten und Privatbälle abgehalten werden. Erst am 2. Weihnachtsfeiertag werden sie wieder beginnen. Theater und Konzerte sind jedoch auch in der Woche vor Weihnachten gestattet. Dagegen ist die Abhaltung öffentlicher Versammlungen aller Art am 1. Weihnachtsfeiertag gänzlich verboten.

Wiedereinzziehung der 25-Pfennig-Stücke? In einer Korrespondenz wird über die Stellungnahme der zuständigen Behörden zur Frage der Wiedereinzziehung der 25-Pfennig-Stücke mitgeteilt, daß die Einführung dieser neuen Münze nicht auf die Initiative der Behörden zurückzuführen sei; dementsprechend würde einer allmählichen Wiedereinzziehung der neuen Münzen, gegen die eine sehr heftige Kritik sich richtet, nichts im Wege stehen. Hierzu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: „Es ist richtig, daß die Ausprägung der 25-Pfennig-Stücke im Reichstage angesetzt worden ist, und daß die Regierung dieser Anordnung lange harten Widerstand entgegengeleitet hat. Die jetzige Kritik richtet sich aber nicht gegen die 25-Pfennig-Stücke, sondern nur gegen die Art ihrer Ausprägung. Wenn man die jetzigen wieder einziehen will, so haben wir

bluss des Mieters
Bank.
er Straße.
e
lschuhe
rsetts
bis Mk 4.—
nträger
tenst. Str.
besten Qualitäten
empfehl
rl Poser.
reins Gallberg.
Verein auch diesmal
der herzlichen Bitte,
nd zu öffnen und mit-
eine Weihnachts-
interzeichneten dankbar
4. Advent nachmittag
statt.
wine Werner.
elene Kretschmann.
ferner
ola
offst
as
nos
r Instrumente
zu hohen Preisen in
g genommen.
llige Gelegenheits-
ufe in Pianos und
deren Musikwerken
ts am Lager.
ocel. Spezialprospette.
in Lichtenstein
8 Seiten.